Unsere Kandidaten für Brandenburg:

Paula Stier
Vorsitzende der
ÖDP Brandenburg
Platz 1 der Landesliste
(Neuenhagen)

Foto: mec-berg

Dirk Lorenzen
Stellv. Vorsitzender der
ÖDP Brandenburg
Direktkandidat im Wahlkreis 10
(Fürstenberg/Havel und Umgebung)

Landesliste:

Jörg-Rainer Collin
(Brandenburg/Havel)

Marko Hübner
(Potsdam)

Foto Blumenwiese: Juergen Faechle/shutterstock.com

ödp

Möchten Sie eine grundlegend andere Politik für Brandenburg?

Dann setzen Sie ein Zeichen und wählen diesmal keine der etablierten Parteien, sondern die Ökologisch-Demokratische Partei,

ÖDP.

ÖDP Brandenburg
Gartenstr. 2, 16798 Fürstenberg
info@oedp-brandenburg.de
facebook.com/oedp.brandenburg
twitter.com/oedpbrandenburg
www.oedp-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Paula Stier, ÖDP Brandenburg, Gartensr. 2, Fürstenberg/Havel. Gedruckt auf 100 % Altpapier.

ödp

Zukunft retten!

Diesmal wähl ich
öko-logisch

ÖDP.

Ökologisch-Demokratische Partei

Grundsätzliches

Die ÖDP ist – wie der Name schon sagt – eine ökologische Partei. Wir stehen dafür, das ökologische Gleichgewicht zu erhalten bzw. wiederherzustellen, damit alle Menschen gut, gesund und glücklich leben können.

Die ÖDP will eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang. Die Ideologie des „immer mehr" vergiftet und zerstört unseren Planeten. Denn bei diesem „immer mehr" geht es nicht darum, Hunger oder andere lebenswichtige Bedürfnisse zu stillen, sondern die nicht stillbare Gier nach Profit zu befriedigen. Aber:

„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier!"
(Mahatma Gandhi)

Auch eine „Wachstumswirtschaft in Grün" führt unweigerlich in den Kollaps. Wenn z. B. alle Autos durch Elektro-Autos ersetzt werden, dann führt auch das zu massiven Umweltschäden, weil die dafür in großen Mengen benötigten seltenen Rohstoffe extrem großräumig abgebaut werden müssen. Wir brauchen insgesamt weniger Autos, weniger Lkw, weniger Flugverkehr!

Viele Transporte sind sinnlos. Wozu brauchen wir Kartoffeln aus Zypern, wenn es auch welche aus Brandenburg gibt? Wozu müssen Schweine zur Schlachtung durch halb Europa gekarrt werden? Oder Mineralwässer aus Frankreich?

Die ÖDP steht für eine ökologische, giftfreie und regionale Kreislaufwirtschaft. Unsere Prioritäten sind klar: „Umwelt, Mensch und Tier gehen vor Profit und Gier!"

Die ÖDP steht für eine unabhängige Politik. Wir nehmen keine Spenden von Firmen an. Wir lassen uns weder Parteitage sponsern, noch bezahlen Firmen über Anzeigen unsere Mitgliederzeitschrift. All das ist bei fast allen anderen Parteien üblich. Diese haben das Wohl ihrer Geldgeber und Klientel im Blick – und nicht jenes der Bürger.

ÖDP für Brandenburg

Giftfrei: sofort! ✓

Wir stehen für ein sofortiges Verbot von Glyphosat und anderen Ackergiften. Wir wollen das Aussterben von Bienen, Insekten und Vögeln beenden. Wir wollen gesunde Lebensmittel aus regionaler Produktion. Wir wollen einen gesunden, natürlichen Mischwald, der auch ohne den Einsatz von Insektiziden robust ist gegen gelegentlichen Insektenbefall.

Ökologische Energie: schnellstmöglich! ✓

Das dient dem Klimaschutz. Und auch der Luftreinhaltung. Wir setzten auf massives Einsparen von Energie, auf Solarenergie, Windkraft und Wasserstoffspeicher. Die Speicher können Schwankungen ausgleichen. Windräder wollen wir nur sparsam einsetzen: Keine Windräder im Wald! Keine Windräder in Siedlungsnähe! Wir wollen ein Umschulungsprogramm, um aus Kohle-Beschäftigten ökologische Energiewirte zu machen. Eine Suche nach neuen fossilen Energieträgern (Erdgas, Öl, Kohle) lehnen wir ab. Der brandenburgische Landtag soll unverzüglich den Klimanotstand für Brandenburg ausrufen.

Förderung des Kindeswohls ✓

Wir wollen die volle Wahlfreiheit und Gleichstellung der Betreuung von Kindern innerhalb und außerhalb der Familie. Der Betreuungsschlüssel sollte bis zum Alter von drei Jahren bei 1:3 liegen; darüber hinaus bei 1:8. Das Essen in Kitas und Horten wird grundsätzlich regional und ökologisch hergestellt. Alle Schüler werden mindestens ein Jahr im Fach „Umwelt, Ökologie und Ernährung“ unterrichtet. Kinderrechte werden umgesetzt. Kinderschutz erhält höchste Priorität.

Tierschutz: sofort! ✓

Wir fordern die schrittweise Abschaffung von Massentierhaltung, die Durchsetzung jeglicher Tierschutzbelange und das Verbot, Tieren Reserve-Antibiotika zu verabreichen. Darüber hinaus fordern wir, dass sich das Land Brandenburg für ein sofortiges Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln einsetzt. Der Tierschutzbeauftragte des Landes soll erheblich mehr Eingriffsrechte und Mitarbeiter erhalten, um Tierschutz auch tatsächlich durchsetzen zu können.

Das Recht auf Wohnen ✓

Dieses Recht ist in der Brandenburger Verfassung verankert, wird aber nicht durchgesetzt. Oberstes Ziel ist, Armut zu verhindern und bezahlbaren, sicheren Wohnraum zu schaffen. Wenn es dennoch zu einer Wohnungsräumung kommt, so soll diese nach dem Willen der ÖDP nur dann stattfinden können, wenn tatsächlich Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Wenn Familien mit Schulkindern von Räumung betroffen sind, dann darf diese nur zum Schuljahresende geschehen.
Grundsätzlich wollen wir ländliche Regionen attraktiver machen, damit Brandenburger dort weiter leben können oder bewusst dorthin ziehen. Das ist menschlicher und umweltfreundlicher als die bisherige Praxis, in den Großstädten massiv neu zu bauen und auf dem Land Leerstand hinzunehmen.

Sozialpraktikum für Politiker ✓

Politiker zeigen oft, dass sie von den Lebensbedingungen ihrer Wähler wenig verstehen. Das wollen wir ändern. Ein Mittel wäre ein Pflicht-Praktikum. Alle Abgeordneten des Brandenburger Landtags, alle Minister und Staatssekretäre leisten in jeder Legislaturperiode zwei Wochen soziale Arbeit. Ein Sozialpraktikum vermittelt den Politikern Einsichten, wie es den Menschen im Land wirklich geht und was praktische Arbeit bedeutet.

Politik: spendenfrei und transparent! ✓

Wir fordern ein Verbot von Firmenspenden an Parteien. Auch „Sponsoring“ von Parteitagen und Anzeigen in Mitgliederzeitschriften sind zu untersagen. Landes- und Bundesparlamentarier, einschließlich Minister und Staatssekretäre, dürfen nicht zugleich Aufsichtsräte in privatwirtschaftlichen Unternehmen sein. Wir fordern ein Transparenzgesetz in Brandenburg nach dem Muster des Berliner Volksbegehrens. Denn nur eine unabhängige Politik wird das Gemeinwohl aller im Auge haben.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: bürgernah und ohne Beitragszwang! ✓

Wir wollen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von möglichst vielen Bürgern befürwortet und demokratischer gestaltet wird. Er soll direkt aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Die Nutzer können freiwillig Mitglieder in einem Rundfunkverein werden und darüber Mitwirkungsrechte an der Programmgestaltung erhalten.

Verkehr: menschen- und umweltfreundlich! ✓

Wir wollen in jeder Region eine gute Nahversorgung und -erholung schaffen, sodass viele Fahrten gar nicht mehr nötig sind. Der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut und für die Nutzer im Preis gesenkt werden. Die Mehrkosten werden u.a. durch eine sozial verträgliche CO_2-Steuer aufgefangen – insbesondere auf Flugbenzin. Überregionaler Lkw-Verkehr auf Landesstraßen soll durch Verbot oder Maut reduziert werden.

Gemeinwohl vor Gier! ✓

Brandenburg muss Vorreiter bei der Gemeinwohl-Ökonomie werden. Die Wirtschaft hat sich demnach immer daran zu orientieren, was dem Gemeinwohl aller dient. Brandenburg muss daher als erstes Land Rahmenbedingungen schaffen, damit Leben, Arbeit, Produktion und Handel so organisiert sind, dass jeder Bürger davon profitiert, die Ressourcen geschont werden, die Umwelt gesundet und nachhaltig für eine sichere Zukunft zusammengearbeitet wird. Mit Kammern und Verbänden (Handwerk, Landwirtschaft, Handel, Industrie) sind Vereinbarungen zur Entwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie abzuschließen. Öffentlich-rechtliche Unternehmen und Unternehmen des Landes haben vorbildhaft Gemeinwohl-Bilanzen zu erstellen. Ziel ist eine Wirtschaft weg vom Irrsinn eines Wachstumszwangs, weg von Profitgier, sozialer Ausgrenzung und Umweltzerstörung hin zu einer ökosozialen Marktwirtschaft.

Schutz vor Strahlen-Irrsinn! ✓

Wir fordern einen Stopp des 5G-Ausbaus. Der neue Mobilfunkstandard sorgt für eine massive Strahlenbelastung. Für ein Stopfen von Funklöchern ist er wenig geeignet. Vielmehr soll er mutmaßlich u.a. eine bessere Überwachung der Bürger ermöglichen. Das lehnen wir ab. Wir halten es für unverantwortlich, 5G aufzubauen und erst danach zu erforschen – zumal es kaum von der Mobilfunkindustrie unabhängige Forschung gibt.

Feldspritze: cocsisanyi/78/fotolia.com; Windkraftanlagen: visdia/fotolia.com; Schweine: M Worawong Saewong/fotolia.com; Geldscheine: Claudio Gennari/shutterstock.com; Handynutzer: Disobey Art/fotolia.com